

**Forschungs- und Tätigkeitsbericht  
des Lorenz-von-Stein-Instituts  
für den Zeitraum vom 15. 10. 2013 bis zum 17. 10. 2014  
(zur Veröffentlichung gekürzt)**

**I. Personal**

Nachdem im letzten Berichtszeitraum weitgehende Kontinuität bei der Stellenbesetzung geherrscht hatte, kam es im Laufe des Jahres 2014 zu mehreren personellen Veränderungen. Aufgrund der Bestellung eines erfahrenen wissenschaftlichen Mitarbeiters zum Elternzeitvertreter des geschäftsführenden wissenschaftlichen Mitarbeiters und der Einstellung zweier ehemaliger studentischer Hilfskräfte als wissenschaftliche Mitarbeiter konnte jedoch ein gewisses Maß an Kontinuität erreicht werden.

Dass bis Mitte 2015 die Finanzierung von drei am Institut beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeitern gesichert werden kann, stand bereits im Frühjahr 2014 fest. Finanziellen Spielraum für die Beschäftigung wissenschaftlichen Personals schaffte insbesondere die Förderung des Instituts durch das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIV-SI) sowie die Deutsche Post AG.

Eine noch bis zum 31.12.2014 zur Verfügung stehende 1/2-Mitarbeiterstelle im Projekt »Der E-Postbrief in der öffentlichen Verwaltung« (gefördert von der Deutschen Post AG) blieb nach dem Ausscheiden der zuletzt in diesem Projekt angestellten Mitarbeiterin leider unbesetzt.

Die Kontinuität bei Geschäftsführung und wissenschaftlichem Personal und das Netzwerk des Instituts aus ehemaligen Mitarbeitern, die in bestimmten Fällen hinzugezogen werden können, ermöglichte es weiterhin, eine starke Konzentration auf die originären Institutsaufgaben, die Aktivitäten im Bereich der Drittmittelforschung sowie die gutachterliche Tätigkeit aufrecht zu erhalten. Dies wird insbesondere durch die Bereitschaft des durch Drittmittel finanzierten Personals bzw. freier Mitarbeiter, auch Institutsaufgaben sowie Projekte, die über die Honorarordnung des Instituts abgewickelt werden, zu übernehmen, ermöglicht.

Der Verzicht auf eine studentische Hilfskraft zur Betreuung der EDV und die Zuweisung dieser Aufgaben an den Bibliothekar, hat sich ebenso bewährt wie die damit in Zusammenhang stehende Anhebung seiner Arbeitszeit auf eine 3/4-Stelle. Diese Aufstockung seiner Stelle um 1/4 ist derzeit befristet, soll aber verstetigt werden. Ein entsprechender Antrag auf Be-

willigung einer weiteren Planstelle – zu 1/4 besetzbar – ist bei der Universitätsverwaltung gestellt.

Im Berichtszeitraum verließen Herr *Dominic Völz*, Frau *Franziska Brackmann*, Herr *Timm Janda* und Herr Dr. *Christian Hoffmann* das Institut. Herr *Völz* und Herr Dr. *Hoffmann* wechselten in andere Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst. Frau *Brackmann* trat in den juristischen Vorbereitungsdienst ein. Herr Dr. *Hoffmann* steht dem Institut weiter als freier Mitarbeiter zur Verfügung.

Herr Dr. *Sönke E. Schulz*, bisher geschäftsführender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts, begab sich mit Wirkung vom 7. Februar 2014 für 11 Monate in Elternzeit. Für die Dauer der Elternzeit bestellte der Vorstand Herrn *Jakob Tischer*, wissenschaftlicher Mitarbeiter seit Juli 2011 und Doktorand bei Prof. Dr. *Utz Schliesky*, zum geschäftsführenden wissenschaftlichen Mitarbeiter. Herr *Tischer* wechselte zugleich auf die durch die Elternzeit vakante Stelle von Herrn Dr. *Schulz*. Herr Dr. *Schulz* ist dem Institut beratend und als freier Mitarbeiter weiterhin eng verbunden.

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben nämlich gezeigt, dass die während der Zeit als Mitarbeiter im Institut erworbene Expertise in Themen der Verwaltungsmodernisierung bundesweit nachgefragt ist und das Institut daher im eigenen Interesse eine enge Bindung ehemaliger Mitarbeiter aufrechterhalten will. Herr Dr. *Schulz*, Herr Dr. *Hoffmann* sowie Frau Dr. *Anika Luch* haben im Berichtszeitraum in freier Mitarbeiterschaft auch an Drittmittelprojekten bzw. an Projekten, die über die Honorarordnung des Instituts abgewickelt werden, mitgewirkt.

Frau *Franziska Brackmann*, wissenschaftliche Mitarbeiterin seit Juni 2011 und Doktorandin bei Herrn Prof. Dr. *Schliesky*, hat im Berichtszeitraum ihre Doktorarbeit ... zur Begutachtung eingereicht, sodass in Bälde mit dem Abschluss des Promotionsvorhabens zu rechnen ist.

Beim Dissertationsvorhaben von Herrn *Tischer* mit dem Arbeitstitel »Bürgerbeteiligung und demokratische Legitimation« steht das Manuskript vor dem Abschluss.

Im Rahmen der vom ISPRAT e.V. im Jahr 2013 bewilligten und lediglich auf ein halbes Jahr angelegten »Vorprojekte« zu den Themen »Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen« und »Mobile Government« waren im Berichtszeitraum jeweils bis zum 31.12.2013 Herr *Tischer* auf einer 1/2-Stelle (»Vernetzte Sicherheit«) und Herr Dr. *Christian Hoffmann* auf einer 1/4-Stelle (»Mobile Government«) beschäftigt.

Im Rahmen der Projekte zum E-Postbrief (gefördert von der Deutschen Post AG) waren im Berichtszeitraum Herr *Timm Janda* (bis 30. Juni 2014), Frau *Franziska Brackmann* (bis 31. Mai 2014) und Herr *Jakob Tischer* (vom 1. Januar bis zum 6. Februar 2014) beschäftigt.

Herr *Janda* verantwortete gemeinsam mit Herrn *Dominic Völz* (wie Herr *Janda* Politikwissenschaftler) das Themenfeld »Netzpolitik«. Herr *Völz* war zur Unterstützung in diesem Bereich

im Berichtszeitraum zunächst als freier Mitarbeiter eingesetzt. Vom 15. November 2013 bis zu seinem Ausscheiden am 14. Februar 2014 war er im Umfang von 1/4-Stelle in dem vom DIVSI geförderten Projekt zum Thema »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?« beschäftigt.

Weiterhin waren im Berichtszeitraum in diesem Projekt Frau *Kim Corinna Borchers* (bis 31. Juli 2014 im Umfang von 1/2-Stelle, ab 1. August 2014 zu 1/4) sowie Herr Dr. *Christian Hoffmann* beschäftigt (1/2-Stelle vom 1. Januar bis 30. Juni 2014).

Ebenfalls in dem vom DIVSI geförderten Projekt zum Thema »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?« konnte die ehemalige studentische Hilfskraft Herr *Florian Kuhlmann* zeitnah nach erfolgreichem Abschluss der ersten juristischen Staatsprüfung als wissenschaftlicher Mitarbeiter weiterbeschäftigt werden. Er ist Doktorand bei Prof. Dr. *Schliesky*. Weiterhin wurde Herr *Friedrich Gottberg*, der nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg im Juli 2014 seine erste juristische Prüfung bestanden hat, in diesem Projekt neu eingestellt. Er beabsichtigt ebenfalls, bei Prof. Dr. *Schliesky* zu promovieren.

Im Rahmen des neu seitens des DIVSI bewilligten Projekts »Daten als Handelsware« wurde die ehemalige studentische Hilfskraft Frau *Johanna Jöns* unmittelbar nach erfolgreichem Abschluss der ersten juristischen Staatsprüfung als wissenschaftliche Mitarbeiterin weiterbeschäftigt. Auch sie ist Doktorandin bei Prof. Dr. *Schliesky*.

Bei den Stellen der studentischen Hilfskräfte wurden im Berichtszeitraum aufgrund des Erreichens der Höchstbeschäftigungsdauer, des Bestehens der ersten juristischen Prüfung bzw. der Fortsetzung des Studiums an einer anderen Hochschule Neubesetzungen erforderlich. Zwei studentische Hilfskräfte wurden im Dezember 2013 neu eingestellt. Weiterhin werden demnächst drei Stellen nachbesetzt. Geeignete Bewerber sind bereits ausgewählt. Aufgrund der externen Förderung ist es weiterhin möglich, die Anzahl der studentischen Hilfskräfte auf einem vergleichbar hohen Stand wie im vergangenen Berichtszeitraum zu halten.

Auf seiner 8. Sitzung am 25. November 2013 ernannte der Verwaltungsrat Herrn Prof. Dr. *Oliver Auge* und Herrn Staatssekretär a. D. Dr. *Göttrik Wewer* zu korrespondierenden Mitgliedern des Lorenz-von-Stein-Instituts. Herr Prof. Dr. *Auge* ist seit 2009 Inhaber der regionalgeschichtlichen Professur am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität. Herr Dr. *Wewer* ist dem Institut durch seine vielfältige Verwaltungserfahrung und diverse Fachveröffentlichungen thematisch verbunden und steht aufgrund seiner Eigenschaft als Vice President E-Government bei der Deutsche Post Consult GmbH und beratender Tätigkeit für das DIVSI auch im Kontext der Drittmittelprojekte des Instituts in regelmäßigem Austausch mit diesem.

**Im Berichtszeitraum waren die Stellen im Einzelnen wie folgt besetzt:**

**Vorstand**

*Prof. Dr. Christoph Brüning* (geschäftsführend seit 01.01.2013)

*Prof. Dr. Utz Schliesky*

*Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt*

**Korrespondierende Mitglieder**

*Prof. Dr. Oliver Auge* (ab 25.11.2013)

*Dr. Jost-Dietrich Busch*

*Prof. Dr. Hermann Hill*

*Prof. Dr. Martin Nolte*

*Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig*

*Prof. Dr. Christian Seidl*

*Dr. Göttrik Wewer* (ab 25.11.2013)

**Wissenschaftliche Mitarbeiter**

...

**Bibliothek**

...

**Sekretariat**

...

**Studentische Hilfskräfte**

...

## II. Finanzen

Aufgrund guter Verkaufszahlen des Eigenverlages, der erfolgreichen Einwerbung weiterer Drittmittel und Projekte sowie insbesondere der Abwicklung zahlreicher gutdotierter Gutachtenaufträge konnte im Jahre 2013 ein Haushaltsüberschuss in Höhe von ... erwirtschaftet werden, der dem Institut im Haushaltsjahr 2014 zur Verfügung steht. Der Überschuss fällt um ca. ... geringer aus als im Vorjahr, bewegt sich im Vergleich zu früheren Jahren jedoch immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der in den Jahren 2011/2012 durch bestimmte größere Projekte erwirtschaftete Überschuss nur schonend abgebaut wird und dies zugleich durch die weiterhin stetigen Einkünfte des Instituts durch über die Honorarordnung abgewickelte Gutachtenaufträge abgedeckt wird.

...

## III. Drittmittel

Nur aufgrund der (weiterhin) erfolgreichen Einwerbung von Drittmittelprojekten für den Forschungsbereich »Staatliches Innovationsmanagement« ist es dem Institut möglich, nachhaltig seinen statusmäßigen Auftrag zu erfüllen. Diese Förderung ermöglicht nicht nur die Beschäftigung weiterer wissenschaftlicher Mitarbeiter – sie führt insbesondere auch dazu, dass das Institut sein (mittlerweile) bundesweites Netzwerk zu anderen Wissenschaftseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen, gesellschaftlichen Initiativen und Verwaltungen ausbauen konnte.

Die an das Institut herangetragenen Projekte, Gutachtenaufträge und Ähnliches erreichen mittlerweile ein Maß, welches kaum noch mit dem vorhandenen Personal und v. a. kaum noch in den derzeitigen organisatorischen Strukturen bewältigt werden kann. Die Einstellung weiteren Personals gestaltet sich jedoch aufgrund der Bewerberlage einerseits, andererseits aber auch der Abrechnungsmodalitäten von Gutachten und Studien (im Nachhinein) und der damit nicht bestehenden Möglichkeit, weitere Stellen zu schaffen, als schwierig.

Zum Teil können weitere Projekte dennoch verwirklicht werden, indem ehemalige Mitarbeiter auf Honorarbasis und die mit 1/2-Stelle beschäftigten Mitarbeiter darüber hinaus eingebunden werden. Auch der Einsatz von weiteren freien Mitarbeitern im Rahmen von Gutachten oder Beratungsprojekten, die auf Grundlage der Honorarordnung durchgeführt werden, hat sich zwar bewährt, erscheint aber nicht als probate Lösung auf Dauer.

Eine denkbare Option wäre, sukzessive weitere wissenschaftliche Mitarbeiterstellen zu schaffen, die den Institutsgeschäftsführer vor allem im Rahmen der Koordination des Forschungsbereichs »Staatliches Innovationsmanagement« und evtl. zu etablierender weiterer Forschungsbereiche entlasten. Hierzu ließen sich die Überschüsse der vergangenen Jahre verwenden. Der Verwaltungsrat hat dem Institut den Auftrag erteilt, entsprechende Mög-

lichkeiten auszuloten und ergebnisoffen zu prüfen. Anlässlich dieses Prüfauftrags haben Vertreter des Instituts, der Universität und der Lorenz-von-Stein-Gesellschaft ein Konzept erarbeitet, wie der Erfolg der letzten Jahre ausgebaut und noch weitergehend für die eigentliche Institutsarbeit fruchtbar gemacht werden kann, bei gleichzeitiger Entsprechung des mehrfach geäußerten Wunsches, das Institut thematisch breiter aufzustellen. Das Konzept soll dem Verwaltungsrat auf seiner 9. Sitzung im Jahr 2014 vorgestellt werden, bevor ggf. erste Schritte zur Umsetzung unternommen werden.

## 1. Gesamtübersicht

Projekt	Laufzeit	Betrag
EU-DLR I	04/2007 – 12/2007	
EU-DLR II	08/2007 – 09/2008	
EU-DLR III	06/2008 – 09/2009	
E-Perso	10/2008 – 09/2009	
E-Perso II	10/2009 – 12/2010	
Datennotar	04/2009 – 09/2010	
Innovation	04/2009 – 09/2010	
E-Daseinsvorsorge	08/2010 – 07/2011	
Web 2.0	08/2010 – 07/2011	
E-Postbrief I (2011)	10/2010 – 12/2011	
E-Postbrief II (Aufstockung 2011)		
E-Postbrief (2012)	01/2012 – 12/2012 (verlängert bis 06/2013)	
Verwaltung 2.0	10/2011 – 09/2012 (verlängert bis 03/2013)	
Datenhoheit in der Cloud	10/2011 – 09/2012 (verlängert bis 12/2012)	
Wissensmanagement	09/2012 – 08/2013	
E-Postbrief (2013/2014)	07/2013 – 12/2014	
Grundgesetz 2.0	07/2013 – 06/2014	
Netzpolitik	10/2013 – 03/2014	
Vernetzte Sicherheit	07/2013 – 12/2013	
Mobile Government	07/2013 – 12/2013	
Grundgesetz 2.0 – II	07/2014 – 06/2015	
Daten als Handelsware	07/2014 – 06/2015	
Organisationskulturen u. effektive Nutzung krit. IT-Systeme...	09/2014 – 08/2015	

## 2. E-Personalausweis (ISPRAT e. V.)

Nachdem die erste Projektphase des Projektes »Innovative Personalausweis-Anwendungen. Langfristige IT-Sicherheit sowie rechtliche Grenzen und Herausforderungen« mit der Veröffentlichung eines Kommentars zum neuen Personalausweisgesetz bereits Ende 2009 erfolgreich abgeschlossen werden konnte, soll in der zweiten Phase ebenfalls ein Kommentar – zum neuen De-Mail-Gesetz – entstehen. Da sich dessen Inkrafttreten jedoch hinausgezögert hat, konnten die Arbeiten an diesem Werk erst zeitverzögert aufgenommen werden. Ergänzend ist eine Kommentierung zum mittlerweile in Kraft getretenen E-Government-Gesetz des Bundes beabsichtigt. Die Projektlaufzeit wurde daher einvernehmlich verlängert. ...

### 3. Der E-Postbrief in der öffentlichen Verwaltung (Deutsche Post AG)

---

Im Herbst 2010 konnte das Lorenz-von-Stein-Institut einen weiteren namhaften Partner für eine Drittmittelförderung gewinnen. Die Deutsche Post AG fördert seit dem 1. Januar 2011 ein Projekt zum »E-Postbrief in der öffentlichen Verwaltung«, das seither mehrfach aufgestockt wurde.

Zum 01.07.2013 wurde der bisher letzte Fördervertrag geschlossen. Die Laufzeit beträgt 1,5 Jahre und endet im Dezember 2014. ...

Ab Juli 2013 waren in dem Projekt Frau *Brackmann* und Herr *Janda* beschäftigt. Im Januar/Februar 2014 kurzzeitig auch Herr *Tischer*. Des Weiteren sind hinsichtlich einzelner Forschungsfelder und Aufsatzpublikationen Herr Dr. *Hoffmann*, Frau Dr. *Luch* und Frau *Borchers* in dieses Projekt eingebunden.

Neben drei Veröffentlichungen im institutseigenen Verlag gingen aus dem Projekt zahlreiche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und diverse Vorträge hervor. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden u. a. folgende Themenschwerpunkte bearbeitet: »Rechtsfragen des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs«, »Ansprüche auf Tätigwerden des Verordnungsgebers im Bereich der Schriftformäquivalente am Beispiel der Verordnungsermächtigung in § 3a Abs. 2 Satz 4 Nr. 4 VwVfG« sowie »§ 2 Abs. 2 EGovG (die für Bundesbehörden verpflichtende Eröffnung eines De-Mail-Zugangs) im Lichte von Technikoffenheit bzw. Wettbewerbsneutralität«. Weiterhin soll bis Ende des 1. Quartals 2015 eine Monografie zum Thema »Der E-Postbrief (und andere elektronische Dokumente) als Beweismittel« entstehen.

Die Fördervereinbarung läuft zum 31. Dezember 2014 aus. Aufgrund einer Änderung der Konzernpolitik hinsichtlich der Wissenschaftsförderung wird es keine Anschlussvereinbarung geben. Hinsichtlich der weiteren Verwendung bereits gewährter, zum Ablauf des Förderzeitraums aber noch nicht verausgabter Mittel hat die Deutsche Post AG als Zuwendungsgeberin ihre Zustimmung erklärt.

### 4. Wissensmanagement als Grundlage von Open Government Data (ISPRAT e. V.) – abgeschlossen

---

Das vom ISPRAT e.V. geförderte Projekt »Wissensmanagement als Grundlage von Open Government Data« wurde inhaltlich bereits während des letzten Berichtszeitraums abgeschlossen. Der Projekthaushalt weist nach seinem endgültigen Abschluss einen kleineren Restbetrag auf. Dessen Übertragung in ein aktuelles ISPRAT-Projekt wurde veranlasst.



## Finanzübersicht Wissensmanagement – abgeschlossen

### 5. Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet? / Netzpolitische Themen (DIVSI)

---

Seit Mitte 2013 fördert das Deutsche Institut für Sicherheit und Vertrauen im Internet (DIVSI) – eine gGmbH der Deutschen Post AG – ein Forschungsprojekt unter dem Titel »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?«. Das Projekt untersucht die Auswirkungen der Digitalisierung aller Lebensbereiche auf das Grundgesetz. ...

Im Herbst 2013 wurde mit dem DIVSI die Aufstockung der Mittel ... vereinbart, um das Thema »Netzpolitische Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2013 sowie deren Spiegelung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien« bearbeiten zu können. Diese primär politikwissenschaftliche Tätigkeit wurde von Herrn *Janda* und Herrn *Völz* übernommen. Das Teilprojekt hatte eine Laufzeit von einem halben Jahr (10/2013-03/2014).

Im Frühjahr 2014 wurde die Verlängerung des Projekts bei gleichzeitiger Aufstockung der Mittel vereinbart. ... Kalkulationsansatz sind zwei 1/2-Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sowie eine Pauschale für Autorenhonorare freier Mitarbeiter.

In dem Projekt war ab Juli 2013 Frau *Borchers* beschäftigt, die Ausschreibung einer weiteren 1/2-Stelle blieb zunächst erfolglos. Ab Januar 2014 hatte Herr Dr. *Hoffmann* die zweite 1/2-Stelle inne. Nach Aufstockung der Mittel durch das Teilprojekt »Netzpolitik« war auch die übergangsweise Beschäftigung von Herrn *Völz* im Rahmen einer 1/4-Stelle möglich. Seit Beginn des neuen Förderzeitraums sind in dem Projekt Herr *Kuhlmann* und Herr *Gottberg* auf jeweils einer 1/2-Stelle beschäftigt, Frau *Borchers* auf einer 1/4-Stelle. Weiterhin ist Frau Dr. *Luch* als freie Mitarbeiterin insbesondere mit Autorentätigkeiten in dem Projekt aktiv.

Als erstes Ergebnis ging aus dem Projekt eine Anfang 2014 im Nomos-Verlag erschienene Studie mit dem Titel »Schutzpflichten und Drittwirkung im Internet« hervor, die sich u. a. damit auseinandersetzt, inwiefern es möglich und sinnvoll ist, die grundrechtlichen Wirkungsdimensionen zum Schutz des Einzelnen im Rahmen internationaler Kommunikation und Interaktion fortzuentwickeln. Daraus entstanden verschiedene Aufsätze und kleinere Beiträge; außerdem wurden die Erkenntnisse auf mehreren Vorträgen präsentiert. Eine zweite Publikation im Nomos-Verlag, die sich der »digitalen Dimension der Grundrechte« widmet, befindet sich inzwischen im Druck. Im Teilprojekt »Netzpolitik« entstand im Berichtszeitraum eine weitere DIVSI-Schrift mit dem Titel »Netzpolitik in Deutschland«, die die Umwandlung netzpolitischer Themen

aus den Wahlprogrammen über die Koalitionsverhandlungen bis hinein in die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin untersucht.

Die langfristige Fortführung des Projekts wird angestrebt. Für die aktuelle Laufzeit ist eine Monografie zum Einfluss der Digitalisierung auf die staatliche Willensbildung sowie die Entwicklung weiterer Forschungsfragen zum Einfluss des digitalen Zeitalters auf das Grundgesetz geplant.

## **6. Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen (ISPRAT e. V.) – abgeschlossen**

---

Das ISPRAT-Projekt »Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen« widmete sich den Fragen rund um die Bedrohungen, die aus der zunehmenden IT-Abhängigkeit ganzer – kritischer – Infrastrukturbereiche resultieren. Das Projekt wurde in Kooperation mit Fraunhofer FOKUS, Berlin, und der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt. Die Projektlaufzeit betrug ein halbes Jahr (07/2013-12/2013), da das Projekt als sog. ISPRAT-Vorprojekt konzipiert war und der Entwicklung von Forschungsthemen/Projektideen für ISPRAT diente. ...

Über dieses Projekt wurde vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2013 die 1/2-Stelle von Herrn *Tischer* finanziert.

Aus dem Projekt ging u. a. die im Frühjahr 2014 im institutseigenen Verlag erschienene Studie »IT und Internet als kritische Infrastruktur« (MSV Band 19) hervor. Aufgrund der positiven Resonanz auf die Studie gelang es dem Institut, gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt bei ISPRAT ein Folgeprojekt einzuwerben, das sich vertieft mit einem Teil der in der Publikation aufgeworfenen Aspekte befasst (dazu noch unten).

## **7. Mobile Government (ISPRAT e. V.) – abgeschlossen**

---

Das ISPRAT-Projekt »Mobile Government« widmete sich den Rechtsfragen des Einsatzes mobiler Kommunikation durch die öffentliche Verwaltung. Es wurde in Kooperation mit Fraunhofer FOKUS, der Universität St. Gallen und der TU München durchgeführt. Es war ebenfalls als Vorprojekt ausgestaltet. Entsprechend war die Projektlaufzeit auf ein halbes Jahr (07/2013-12/2013) beschränkt; ...

Aus diesen Mitteln wurde innerhalb der Projektlaufzeit eine 1/4-Mitarbeiterstelle von Herrn Dr. *Hoffmann* finanziert.

Aus dem Projekt ging ein gemeinsames Whitepaper der beteiligten Institutionen mit dem Titel »Mobiles Regieren und Verwalten in einer mobilen Welt« hervor. Die Erkenntnisse hinsichtlich der Rechtsfragen wurden ferner in einem von Herrn Dr. *Hoffmann* verfassten Fachaufsatz und mehreren Vorträgen verbreitet.



## 8. Daten als Handelsware (DIVSI)

---

Das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) konnte neben den bereits laufenden Projekten für die Finanzierung eines weiteren Forschungsvorhabens gewonnen werden, das den Titel »Daten als Handelsware – der rechtliche Schutz personenbezogener Daten vor einem Paradigmenwechsel?« trägt. Hintergrund des Projekts ist die Problematik, dass sich die Datenschützer weltweit – und vor allem auch nach deutschem Rechtsverständnis – schwer damit tun, personenbezogenen Daten einen eigentumsähnlichen Charakter zuzubilligen. Die Idee der informationellen *Selbstbestimmung* hat Grundrechtsrang – ein tragfähiges Modell informationeller *Selbstverwertung* wurde aber trotz der sich vor dem Hintergrund etwa von »Big Data« ändernden Lebenswirklichkeit nach wie vor nicht entwickelt. Im Zuge des Projekts ist die Veröffentlichung einer Monografie geplant. ...

Über das Projekt wird seit dem 15. Juli 2014 die 1/2-Stelle von Frau Jöns finanziert.

## 9. Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland (ISPRAT e. V.)

---

Das vom ISPRAT e. V. geförderte Projekt »Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland« zielt auf eine deutschlandweite empirische Untersuchung der Rolle »organisationaler Achtsamkeit« zum Schutz kritischer IT-Infrastrukturen ab. Das Projekt wird gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt und schließt an das Vorprojekt »Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen« (siehe oben) an. Im Fokus stehen aus Sicht des Lorenz-von-Stein-Instituts die Identifikation (binnen-)rechtlicher Rahmenbedingungen, die sich begünstigend oder erschwerend auf den Schutz von IT-Infrastrukturen durch Achtsamkeit auswirken, und ggf. die (Fort-)Entwicklung geeigneter rechtlicher Instrumente. Die Laufzeit beträgt 12 Monate ...

Die Finanzierung von Stellen wissenschaftlicher Mitarbeiter aus diesem Projekt ist für das Jahr 2015 vorgesehen.

Weitere, detaillierte Informationen zu den Drittmittelprojekten finden Sie unter [www.lorenz-von-stein-institut.de](http://www.lorenz-von-stein-institut.de)

#### **IV. Gutachten auf Grundlage der Honorarordnung des Instituts**

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Gutachtenaufträge, Vorträge o. ä. nach den Vorgaben der vom Verwaltungsrat am 17. 07. 2008 beschlossenen Regelung zum Umgang mit entgeltlichen Aufträgen von dritter Seite und der Mitwirkung an sonstigen entgeltlichen Aufträgen oder Veranstaltungen im Sinne des § 4 Abs. 7 des Statuts des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften abgewickelt.

Hierzu wurden bisher insgesamt **82 Honorarvereinbarungen** zwischen Institut und den beauftragten Mitarbeitern geschlossen. Die vereinbarten Honorare wurden vom Institut vereinnahmt und anschließend gekürzt an die Beteiligten ausgezahlt.

...

Hervorzuheben sind aus dem kommunalen Bereich der Auftrag des Kreises Nordfriesland, der ein Gutachten über organisationsbezogene Kompetenzen des Kreistags zum Gegenstand hatte, sowie der des Amtes Bargteheide-Land hinsichtlich der Privatisierung der Abwasserentsorgung der Gemeinde Bargfeld-Stegen. Bei den schleswig-holsteinischen Kommunen gefragter Ansprechpartner für unterschiedliche kommunalbezogene Themen zu bleiben, ist ein besonderes Anliegen des Instituts.

Weiterhin bildet die seit Anfang des Jahres 2013 bestehende Rahmenvereinbarung für rechtswissenschaftliche Beratungs- und Gutachtertätigkeiten zwischen dem Lorenz-von-Stein-Institut und der ÖPP Deutschland AG die Grundlage für eine verstetigte, intensive Zusammenarbeit. So wurden im Berichtszeitraum sechs gemeinsame Projekte zu verschiedenen Themen durchgeführt (z. T. abgerechnet in verschiedenen Rechnungen, daher eine größere Anzahl Vereinbarungen).

Die Anzahl der über die Honorarordnung des Instituts abgewickelten Gutachtenaufträge wird sich durch die bewährte Zusammenarbeit mit der ÖPP Deutschland AG im kommenden Jahr voraussichtlich zumindest in vergleichbarem Ausmaß bewegen.

#### **V. Sitzungen der Gremien des Instituts**

Im Berichtszeitraum tagte der Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts dreimal: 07.02.2014, 28.04.2014 und 19.08.2014.

Die 8. Sitzung des Verwaltungsrats fand am 25.11.2013 statt.

## VI. Veranstaltungen des Instituts

Auch im aktuellen Berichtszeitraum wurden – wie in der Vergangenheit – Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, regelmäßig in Kooperation mit der Lorenz von Stein-Gesellschaft oder anderen Akteuren, durchgeführt.

Im Berichtszeitraum fanden folgende Veranstaltungen statt:

- **Lorenz-von-Stein-Gedächtnisvorlesung 2013**

Am 18. November 2013 fand die alljährliche Lorenz-von-Stein-Gedächtnisvorlesung statt. Den Vortrag hielt der geschäftsführende Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts Prof. Dr. *Christoph Brüning*. Unter dem Titel »Freiheit als Hilfefall? – Staatliche Daseinsvorsorge als Hilfe zur Selbsthilfe« schlug *Brüning* einen Bogen vom Staats- und Verwaltungsverständnis Lorenz von Steins zur heutigen Sicht auf die Rolle des Staates als Garant für die individuelle Freiheitssicherung. Eine Schriftfassung des Vortrags erscheint in Heft 21/2014 der DÖV.

- **28.01.2014: Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein**

Gemeinsam mit der Lorenz von Stein-Gesellschaft richtete das Lorenz-von-Stein-Institut am 28.01.2014 eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein aus. Tagungsort war die Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften in Kiel. Auf der Veranstaltung wurden rechtliche und politische Perspektiven zum Thema vorgestellt und mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und kommunaler Selbstverwaltung erörtert. Den fachlichen Einführungsvortrag hielt Prof. Dr. *Thorsten Ingo Schmidt*, Universität Potsdam. Nach zwei Impulsreferaten zur Position von Landesregierung (*Manuela Söller-Winkler*, Leiterin der Kommunalabteilung im Innenministerium) und Kommunen (*Dr. Rolf-Oliver Schwemer*, Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde) diskutierten die Vortragenden untereinander und mit dem Auditorium das Reformvorhaben der Landesregierung.

- **04.02.2014: Recht auf gute Verwaltung? Ansätze für ein neues Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung**

Zusammen mit der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein lud das Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften am 04.02.2014 ins Landeshaus ein, um im Rahmen einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung eine Bestandsaufnahme zum »Recht auf gute Verwaltung« vorzunehmen und Ansätze zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürger und Verwaltung zu beleuchten. Vorträge hielten Prof. Dr. *Felix Welti*, Universität Kassel, *Christoph Herting*, Handelskammer Hamburg, sowie als Vertreter des Instituts Prof. Dr. *Utz Schliesky*. Die abschließende Diskussion wurde vom Chefredakteur des Behörden-

Spiegel *Uwe Proll* moderiert. Die Erkenntnisse der Veranstaltung sind in einem Tagungsband dokumentiert, der als Arbeitspapier Nr. 104 im institutseigenen Verlag erschienen ist.

▪ **25.02.2014: Kommunale Verwaltungsreform – 20 Jahre Neues Steuerungsmodell**

Mit einer wissenschaftlichen Veranstaltung am 25.02.2014 griff das Lorenz-von-Stein-Institut in Kooperation mit der Lorenz von Stein-Gesellschaft zwanzig Jahre nach dem Neuen Steuerungsmodell das Thema »Kommunale Verwaltungsreform« erneut auf. Intention der Veranstaltung war es, zu resümieren, was das Neue Steuerungsmodell in dieser Zeit bewirkt hat, aber auch mit Blick in die Zukunft weiterführende Reformansätze diskutieren. Tagungsort war das Wissenschaftszentrum in Kiel. Vorträge hielten u. a. Prof. Dr. *Jörg Bogumil*, Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. *Veith Mehde*, Leibniz-Universität Hannover, Dr. *Kay Ruge* vom Deutschen Landkreistag sowie die Institutsmitglieder Prof. Dr. *Christoph Brüning* und Prof. Dr. *Utz Schliesky*. Es ist geplant, die Vorträge in einem Tagungsband, der im Nomos-Verlag erscheinen soll, zu dokumentieren. Ein am Institut entstandener Bericht über die Veranstaltung findet sich in Heft 17/2014 der DÖV (S. 749 ff.).

▪ **20.06.2014: 18. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht**

Das Lorenz-von-Stein-Institut lud wie auch in den vergangenen Jahren als Mitveranstalter zum 18. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht ein. Am 20. Juni 2014 wurden in den Räumen des OVG Schleswig aktuelle Fragen zum elektronischen Rechtsverkehr und zum Recht der kommunalen wirtschaftlichen Betätigung diskutiert. Vorträge hielten u. a. RiAG Dr. *Wolfram Viefhues*, Vorstand des Vereins Deutscher EDV-Gerichtstag e. V., sowie aus dem Lorenz-von-Stein-Institut Prof. Dr. *Christoph Brüning* und Dr. *Sönke E. Schulz*. Ein Tagungsbericht aus dem Institut erschien in Heft 9/2014 der NordÖR (S. 377 ff.).

## VII. Veröffentlichungen im institutseigenen Verlag

Im institutseigenen Verlag erschienen im Berichtszeitraum wieder mehrere neue Werke. Hervorzuheben ist neben der Entwicklung der Reihe »Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung«, seit deren Begründung im Jahre 2008 19 Werke veröffentlicht wurden, weiterhin die Reihe »Arbeitspapiere«, die sich u. a. zur Veröffentlichung größtenteils externer Doktorarbeiten einiger Beliebtheit erfreut. Im Berichtszeitraum konnte schließlich die 5. Auflage der am Institut verlegten Landesrechtssammlung von *Bernd Hoefler* auf den Markt gebracht werden, die sogleich hohen Absatz fand.

▪ **Arbeitspapiere**

**AP 101** Ylva Blackstein  
Das Landesverfassungsgericht von Schleswig-Holstein

- AP 103** Victoria Bunge  
Die rechtliche Gewährleistung der Kommunikation bei behinderten Menschen
- AP 104** Utz Schliesky/Birgit Wille (Hrsg.)  
Recht auf gute Verwaltung?
- AP 105** Christoph Brüning (Hrsg.)  
Hochschulfinanzierung und Finanzkontrolle

▪ **Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung**

- MSV 19** König/Popescu-Zeletin/Schliesky (Hrsg.)  
IT und Internet als kritische Infrastruktur

▪ **Landesrecht Schleswig-Holstein**

- GLSH 1.5** Bernd Hoefler  
Gesetze des Landes Schleswig-Holstein – Textsammlung (5. Auflage 2014)

## VIII. Veröffentlichungen

Im Berichtszeitraum veröffentlichten Vorstand, aktive und freie Mitarbeiter des Instituts nicht nur im institutseigenen Verlag, sondern auch zu den Themen der Drittmittelprojekte und weiteren Aspekten der Verwaltungsmodernisierung in zahlreichen anderen Publikationsmedien.

▪ **Prof. Dr. Christoph Brüning (Auswahl)**

- Das Verhältnis der Zielsetzungen aus § 1 EnWG zu weiteren Vergabekriterien (gemeinsam mit Sönke E. Schulz), Zeitschrift des Instituts für Energie- und Wettbewerbsrecht in der Kommunalen Wirtschaft e.V. (EWeRK) 2013, S. 237 ff.
- Nichtsteuerliche Abgaben und verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz, Die Verwaltung 46 (2013), S. 413 ff.
- Die Rolle der Kommunen bei der Wegenutzung (gemeinsam mit Sönke E. Schulz und Jakob Tischer), EnergieRecht (ER) 2013, S. 219 ff.
- (Verfassungs-)Rechtliche Maßstäbe an Funktional- und Territorialreformen, in: Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Franzke, Jochen (Hrsg.), Starke Kommunen in leistungsfähigen Ländern, Universitätsverlag Potsdam 2013, S. 27 ff.
- Energieintelligente Steuerung mittels (sonstiger) Satzungen und Abgaben?, Kommunaljurist (KommJur) 2014, S. 121 ff.
- Verfassungsreform in Schleswig-Holstein – Kooperation norddeutscher Länder statt Nordstaat (gemeinsam mit Dennis Bloch und Benjamin Pfannkuch), Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland (NordÖR) 2014, S. 101 ff
- Verständnis und Schutz von digitaler Privatheit im nationalen Recht (gemeinsam mit Pino Bosesky), in: Hill/Schliesky (Hrsg.), Die Neubestimmung der Privatheit, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014
- §§ 54 bis 56 VwVfG, in: Mann/Sennekamp/Uechtritz (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz, Großkommentar, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2014
- §§ 24 bis 28, 29, 30, 33 GlüStV, §§ 33c bis 33i GewO, in: Becker/Hilf/Nolte/Uwer (Hrsg.), Glücksspielstaatsvertrag, Kommentar, erscheint demnächst
- Die Rolle der Kommunen bei der Vergabe von Konzessionen nach § 46 EnWG, Verlag des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel 2013 (zusammen mit Sönke E. Schulz, Franziska Brackmann, Jakob Tischer)
- Öffentliches Recht in Schleswig-Holstein (zusammen mit Florian Becker), C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 2014
- Hochschulfinanzierung und Finanzkontrolle, Verlag des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 2014



### ▪ Prof. Dr. Utz Schliesky (Auswahl)

- Öffentliches Wirtschaftsrecht, Lehrbuch – Start ins Rechtsgebiet, 4. Aufl., Heidelberg 2014
- Schutzpflichten und Drittwirkung im Internet – Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter, DIVSI-Perspektiven, Band 1, Baden-Baden 2014 (gemeinsam mit *Hoffmann*, Christian, und *Luch*, Anika, und *Schulz*, Sönke, und *Borchers*, Kim Corinna)
- Ein Recht auf Heimat?, Kiel 2014 (im Erscheinen)
- Kommentierung des Art. 91d GG, in: Dolzer/Kahl/Waldhoff/Graßhof (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Erstbearbeitung, 164. Aktualisierung Dezember 2013
- Kommentierung der §§ 1, 2, 3, 3a, 4, 5, 6, 7, 8, 8a, 8b, 8c, 8d, 8e, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 71a, 71b, 71c, 71d, 71e VwVfG, in: Knack/Henneke (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz, 10. Aufl. 2014
- Kommentierung des § 13 GO – Gebietsbestand (Überarbeitung), in: Busse u. a. (Hrsg.), Praxis der Kommunalverwaltung, B 1 SH – Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 472. Ergänzungslieferung (Dezember 2013) = Bülow u. a. (Hrsg.), Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 46. Ergänzungslieferung (Oktober 2013) (gemeinsam mit *Tischer*, Jakob)
- Kommentierung des § 14 GO – Gebietsänderung (Überarbeitung), in: Busse u. a. (Hrsg.), Praxis der Kommunalverwaltung, B 1 SH – Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 477. Ergänzungslieferung (Mai 2014) = Bülow u. a. (Hrsg.), Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 47. Ergänzungslieferung (März 2014) (gemeinsam mit *Tischer*, Jakob)
- Die Neubestimmung der Privatheit. Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Band 26, Baden-Baden 2014 (gemeinsam mit *Hill*, Hermann)
- Schleswig-Holstein in Europa – Die Europäische Union aus Sicht eines Bundeslandes, Neumünster 2014 (gemeinsam mit *Günther*, Daniel, und *Schlürmann*, Jan)
- Schleswig-Holstein 1800 bis heute - Historische Landeskunde, Husum 2014 (gemeinsam mit *Danker*, Uwe)
- E-Government durch Recht, in: Weidemann/Bantle (Hrsg.), Recht – Verwaltung – Veränderung, Festschrift für Werner Finke zum 75. Geburtstag, Hamburg 2013, S. 43 ff. = DVP 2013, 420 ff.
- Art. 91c GG als archimedischer Punkt staatlicher Informationsverarbeitung und Wissensgenerierung im Bundesstaat, in: ZSE 11 (2013), 281 ff.
- Niels Nicolaus Falck (1784 – 1850) – Die Versöhnung von Recht und Politik, in: Knelangen/Stein (Hrsg.), Kontinuität und Kontroverse – Geschichte der Kieler Politikwissenschaft, 2013, S. 127 ff.
- Möglichkeiten einer gesetzgeberischen Steuerung von Verwaltungsreformen, in: DÖV 2013, S. 361 ff. (gemeinsam mit *Tischer*, Jakob)
- Einführung: Erfordernis einer Neubestimmung der Privatheit?, in: Hill/ Schliesky (Hrsg.), Die Neubestimmung der Privatheit, Baden-Baden 2014, S. 9 ff.
- Mehr Bürgerbeteiligung = Bessere Demokratie?, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen 2014, S. 86 ff.
- Verfassung und Verwaltung bei Lorenz von Stein, in: Koslowski (Hrsg.), Lorenz von Stein und der Sozialstaat, Baden-Baden 2014, S. 83 ff.
- Wer regiert wen in der Europäischen Union?, in: Schliesky/Günther/Schlürmann (Hrsg.), Schleswig-Holstein in Europa, Neumünster 2014, S. 56 ff.
- Die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Dritte Auflage, Band XII, 2014, § 277
- Verfassungen, in: Danker/Schliesky (Hrsg.), Historische Landeskunde, Husum 2014
- Wann wird das Rathaus völlig elektronisch? (im Erscheinen)

### ▪ Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt (Auswahl)

- Asymmetrically Dominated Choice Problems, the Isolation Hypothesis and Random Incentive Mechanisms in: PLOS ONE 9(3) (2014), e90742 (with J. Cox and V. Sadiraj).
- Reconsidering the Common Ratio Effect: The Roles of Compound Independence, Reduction, and Coalescing, in: Theory and Decision 77 (2014), 323-339 (with C. Seidl).
- Alternative Payoff Mechanisms for Choice under Risk, in: International Advances in Economic Research 20 (2014), 239-240. (with J. Cox and V. Sadiraj).
- Paradoxes and Mechanisms for Choice under Risk, forthcoming in: Experimental Economics (with J. Cox and V. Sadiraj).
- Insurance Demand and Social Comparison: An Experimental Analysis, in: Journal of Risk and Uncertainty 48 (2014), 97-109 (with A. Friedl and K. Lima de Miranda).
- Common Consequence Effects in Pricing and Choice, in: Theory and Decision 76 (2014), 1-7 (with S. Trautmann).
- Regulierung des Glücksspiels in Deutschland: Das Glücksspielgesetz Schleswig-Holsteins und der Glücksspieländerungsstaatsvertrag aus ökonomischer Perspektive, forthcoming in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 62 (2013), 82-94 (with K. Lima de Miranda).
- Determining optimal transit charges: The Kiel Canal in Germany, in: Journal of Transport Geography 26 (2013), 29-42 (with N. Heitmann and K. Rehdanz).
- Insurance Demand under Prospect Theory: A Graphical Analysis, forthcoming in: Journal of Risk and Insurance.
- Overconfidence, Experience, and Professionalism: An Experimental Study, in: Journal of Economic Behavior and Organization 86 (2013), 92-101 (with L. Menkhoff and M. Schmeling).
- Fehlanreize bei der Tankregelung bei Mietwagen, in: Ökonomenstimme, 22.10.2013.

## ■ Dr. Sönke E. Schulz (Auswahl)

- Mit Roman Beck u. a., IT und Internet als kritische Infrastruktur, Kiel 2014, herausgegeben von Wolfgang König, Radu Popescu-Zeletin, Utz Schliesky
- Mit Utz Schliesky u. a., Schutzpflichten und Drittwirkung im Internet – Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter, Baden-Baden, 2014
- Mit Christian Hoffmann, Soziale Medien in der öffentlichen Verwaltung – Darstellung, in: Praxis der Kommunalverwaltung, Bundesausgabe L 16, Loseblattsammlung, Ergänzungslieferung 10/2013 (Neukommentierung).
- §§ 3a, 47, 81-87 VwVfG, in: Mann/Sennekamp/Uechtritz (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz, Baden-Baden, 2014 (Neukommentierung).
- §§ 5 und 9 PAuswG, in: Melderecht, Passrecht, Ausweisrecht – Das neue Bundesrecht, Walhalla-Verlag, Loseblatt-Sammlung, Aktualisierungslieferung 03/2014 (Überarbeitung).
- §§ 36a bis e Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein, in: Busse u. a. (Hrsg.), Praxis der Kommunalverwaltung, Landesausgabe Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung = Foerster u. a. (Hrsg.), Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 29. Ergänzungslieferung 06/2014 (Überarbeitung)
- §§ 10 und 11 PAuswG, in: Melderecht, Passrecht, Ausweisrecht – Das neue Bundesrecht, Walhalla-Verlag, Loseblatt-Sammlung, Aktualisierungslieferung 07/2014 (Überarbeitung)
- Einführung in das Recht der elektronischen Verwaltung, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz und E-Government, 2. Aufl. 2014 (Neukommentierung)
- §§ 4 bis 8e, 31 und 32, 63 bis 71 VwVfG, VwZG (Auszüge), in: Bauer u. a. (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz und E-Government, 2. Aufl. 2014 (Überarbeitung)
- Mit Anika D. Luch, Die digitale Dimension der Grundrechte – zur Bedeutung digitaler Handlungsweisen für die Persönlichkeitsentfaltung, in: Hill/Schliesky (Hrsg.), Die Neubestimmung der Privatheit, Baden-Baden 2014, S. 153-192.
- Mit Christoph Brüning, Das Verhältnis der Zielsetzungen aus § 1 EnWG zu weiteren Vergabekriterien, EWeRK 2013, S. 237-241
- Mit Christoph Brüning und Jakob Tischer, Die Rolle der Kommunen bei der Wegenutzung, ER 2013, S. 219-224.
- Die Fortentwicklung der Schriftformäquivalente im Verwaltungsverfahrenrecht, DÖV 2013, S. 882-889.
- Mit Jakob Tischer, Das Internet als kritische Infrastruktur – Handlungsbedarf für den Gesetzgeber, ZG 2013, S. 339-357
- Mit Jakob Tischer, Die Grenzen kommunalen Wirtschaftens: aktuelle Entwicklungen, alte Fragen, GewArch 2014, S. 1-5
- Mit Christian Hoffmann und Kim Corinna Borchers, Grundrechtliche Wirkungsdimensionen im digitalen Raum – Bedrohungslagen im Internet und staatliche Reaktionsmöglichkeiten, MMR 2014, S. 89-95
- Mit Franziska Brackmann, De-Mail und alternative Dienste im Sozialverfahrens- und Abgabenrecht, DuD 2014, S. 186-191
- Mit Christian Hoffmann, Open Data für Kommunen, KommJur 2014, S. 126-132
- Mit Jakob Tischer, Verweisungen im Verwaltungsverfahrenrecht und ihre Reichweite im Kontext neuer Verordnungsermächtigungen, NVwZ 2014, S. 1049-1052
- Die Reform des EU-Vergaberechts – Auswirkungen auf die Kommunen, in: Die Gemeinde SH 2014, S. 180-186
- Mit Johanna Jöns/Florian Kuhlmann, Selbstorganisation der Gemeindevertretung: Medienöffentlichkeit und Medien-nutzung, Die Gemeinde SH 2014, S. 206-210
- Das Feigenblatt der Arkantradition – Staatliche Offenheit im (digitalen) Wandel, KM Magazin – Kultur und Management im Dialog, Nr. 86, 1/2014, S. 28-30.
- Der staatliche Schutzauftrag im Wandel, DIVSI-Magazin, Ausgabe 6/2014, S. 24-26
- Ist das Grundgesetz tauglich für die digitale Zeit?, DIVSI-Magazin, Ausgabe 4/2013, S. 24 f.
- Open Data und staatliches Arcanum, 08.05.2014, [www.juwiss.de](http://www.juwiss.de)
- 30 Tage E-Government: Erfahrungsbericht eines jungen Vaters, 16.12.2013, [www.government2020.de](http://www.government2020.de).
- Die Einrede der Unmöglichkeit im Kontext staatlicher Schutzpflichten im Internet, 12.05.2014, [www.juwiss.de](http://www.juwiss.de)
- Neufassung des Informationsweiterverwendungsgesetzes – europarechtswidriger Anspruch »light«?, 15.07.2014, [www.juwiss.de](http://www.juwiss.de)
- Maschinenlesbare Daten oder: weiß die linke Hand nicht, was die rechte tut?, 11.07.2014, [www.government2020.de](http://www.government2020.de).
- Mit Christian Hoffmann, Wenig Neues aus Schleswig – zur Facebook-Nutzung durch Unternehmen (Update), 05.09.2014, [www.juwiss.de](http://www.juwiss.de)
- Mit Jakob Tischer, Das IT-Sicherheitsgesetz – mehr IT-Sicherheit für kritische Infrastrukturen?, 21.10.2014, [www.juwiss.de](http://www.juwiss.de)

## ■ Jakob Tischer

- Die Rolle der Kommunen bei der Wegenutzung, EnergieRecht 2013, S. 219-225 (mit Christoph Brüning und Sönke E. Schulz)
- Verwaltungsseitige Kostenübersicht statt Kostendeckungsvorschlag durch die Bürger – die richtige Antwort auf die „Kostenfrage“ bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheid?, NordÖR 2013, S. 502-506
- Das Internet als kritische Infrastruktur – Handlungsbedarf für den Gesetzgeber, ZG 28 (2013), S. 339-357 (mit Sönke E. Schulz)
- Die Grenzen kommunalen Wirtschaftens: aktuelle Entwicklungen, alte Fragen, GewArch 2014, S. 1-5 (mit Sönke E. Schulz)

- Kommentierung des § 13 GO – Gebietsbestand (Überarbeitung), in: Busse u. a. (Hrsg.), Praxis der Kommunalverwaltung, B 1 SH – Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 472. Ergänzungslieferung (Dezember 2013) = Bülow u. a. (Hrsg.), Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 46. Ergänzungslieferung (Oktober 2013) – mit Utz Schliesky
  - Kommentierung des § 14 GO – Gebietsänderung (Überarbeitung), in: Busse u. a. (Hrsg.), Praxis der Kommunalverwaltung, B 1 SH – Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 477. Ergänzungslieferung (Mai 2014) = Bülow u. a. (Hrsg.), Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 47. Ergänzungslieferung (März 2014) – mit Utz Schliesky
  - IT und Internet als kritische Infrastruktur – vernetzte Sicherheit zum Schutz kritischer Infrastrukturen, hrsg. von Wolfgang König, Radu Popescu-Zeletin und Utz Schliesky, Kiel 2014, (mit Roman Beck u. a.)
  - Verweisungen im Verwaltungsverfahren und ihre Reichweite im Kontext neuer Verordnungsermächtigungen, NVwZ 2014, S. 1049-1052 (mit Sönke E. Schulz)
- **Kim Corinna Borchers**
- Schutzpflichten und Drittwirkung im Internet – Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter, 2014 (mit Utz Schliesky u. a.)
  - Grundrechtliche Wirkungsdimensionen im digitalen Raum – Bedrohungslagen im Internet und staatliche Reaktionsmöglichkeiten, MMR 2014, S. 89-95 (mit Christian Hoffmann und Sönke E. Schulz),
  - Das besondere elektronische Anwaltspostfach – Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten, CR 2014, S. 62-67 (mit Christian Hoffmann)
- **Franziska Brackmann**
- Mit Sönke E. Schulz, De-Mail und alternative Dienste im Sozialverfahrens- und Abgabenrecht, in: DuD 2014, 186-191
- **Dr. Christian Hoffmann**
- Zulässige Veröffentlichung von Bildern in sozialen Netzwerken, Innovative Verwaltung 6/2014, S. 41 f.
  - Mit Sönke E. Schulz und Kim Borchers, Grundrechtliche Wirkungsdimensionen im digitalen Raum, Multimedia und Recht (MMR) 2014, S. 89 ff.
  - Mit Kim Borchers, Das besondere elektronische Anwaltspostfach, Computer und Recht (CR) 2014, S. 62 ff.
  - Mit Anika D. Luch, § 203 StGB als Hemmschuh der elektronischen Kommunikation – Rechtliche Risiken dargestellt am Beispiel der E-Postbrief-Nutzung durch Rechtsanwälte, Kommunikation und Recht (K&R) 2014, S. 161 ff.
  - Warum die eID-Funktion des neuen Personalausweises (noch) keinen Erfolg hat, Blogbeitrag auf dem Staatsmodernisierungsblog des Behörden Spiegel, [www.government2020.de](http://www.government2020.de).
  - Mit Peter H. Deussen, Klaus-Peter Eckert, Petra Hoepner und Linda Strick, Cloud-Fahrplan für die öffentliche Verwaltung, Kompetenzzentrum öffentliche Informationstechnologie, 2014.
  - Mit Sönke E. Schulz, Open Data für Kommunen, Kommunaljurist 2014, S. 126 ff.
  - Mit Sönke E. Schulz, Wenig Neues aus Schleswig – zur Facebook-Nutzung durch Unternehmen (Update), Blogbeitrag auf [juwiss.de](http://juwiss.de)
- **Timm Christian Janda**
- Netzpolitik in Deutschland. Wahlprogramme, Koalitionsvereinbarung, Regierungserklärung. DIVSI Diskussionsbeiträge 05, hrsg. vom Deutschen Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI), Hamburg 2014 (mit Dominic Völz)
  - „Kommunale Verwaltungsreform – 20 Jahre Neues Steuerungsmodell“ – Zur Tagung des Lorenz-von-Stein-Instituts am 25. Februar 2014 in Kiel –, DÖV 2014, S. 749-754 (mit Elisabeth Ahl)
- **Johanna Jöns**
- Mit Sönke E. Schulz/Florian Kuhlmann, Selbstorganisation der Gemeindevertretung: Medienöffentlichkeit und Mediennutzung, Die Gemeinde SH 2014, S. 206-210
  - Mit Leah Wechselmann, Elektronischer Rechtsverkehr und Kommunales Wirtschaften - Tagungsbericht zum 18. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht, NordÖR 2014, S. 377-379
- **Florian Kuhlmann**
- Aktuelle Entwicklungen im Beihilfen- und im Amtshaftungsrecht – Tagungsbericht zum 17. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht, NordÖR 2013, S. 459-460 (mit Laura-Sophie von Unruh)
  - Selbstorganisation der Gemeindevertretung: Medienöffentlichkeit und Mediennutzung, Die Gemeinde SH 2014, S. 206-210 (mit Sönke E. Schulz und Johanna Jöns)
- **Dr. Anika D. Luch**
- Kommentierung von §§ 20, 21, 24 bis 28, in: Bauer/Heckmann/Ruge/Schallbruch/Schulz (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz und E-Government, 2. Aufl. Wiesbaden 2014.
  - Mit Christian Hoffmann, § 203 StGB als Hemmschuh der elektronischen Kommunikation?, Kommunikation und Recht (K&R) 2014, S. 161 ff.
  - Mit Utz Schliesky/Christian Hoffmann/Sönke E. Schulz/Kim Corinna Borchers, Schutzpflichten und Drittwirkung im Internet – Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter, Baden-Baden, 2014
  - Mit Sönke E. Schulz/Christian Hoffmann/Kim Corinna Borchers, Die digitale Dimension der Grundrechte, Kiel 2014.

- Mit Sönke E. Schulz, Die digitale Dimension der Grundrechte – zur Bedeutung digitaler Handlungsweisen für die Persönlichkeitsentfaltung, in: Hill/Schliesky (Hrsg.), Die Neubestimmung der Privatheit, Baden-Baden 2014, S. 153-192
- Mit Sönke E. Schulz/Florian Kuhlmann, Ein Recht auf Vergessenwerden?, EuR 2014 i. E.
- § 10 Handlungsformen, § 33 Beauftragte, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch Parlamentsrecht, i. E.

#### ■ **Dominic Völz**

- Mit Timm Christian Janda, Netzpolitik in Deutschland. Wahlprogramme, Koalitionsvereinbarung, Regierungserklärung. DIVSI Diskussionsbeiträge 05, hrsg. vom Deutschen Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI), Hamburg 2014

## **IX. Vorträge**

Durch die Teilnahme der Mitarbeiter des Instituts an zahlreichen Veranstaltungen zum Thema »Verwaltungsmodernisierung«, schwerpunktmäßig zu den Themen der Drittmittelprojekte, im gesamten Bundesgebiet sowie der beratenden und unterstützenden Mitarbeit in verschiedenen Gremien (z. B. AG 3 des IT-Gipfels, JuristInnen Netzwerk E-Government) konnte der Bekanntheitsgrad des Instituts und seiner Arbeit weiter gesteigert werden. Im Rahmen des ISPRAT-Forschungsverbundes fanden zudem diverse kleinere und größere Workshops statt; u. a. der ISPRAT-Wissenschaftstag an der Donau-Universität Krems (Österreich). Auch die Kooperation mit dem DIVSI führte dazu, dass Vertreter des Instituts auf bestimmten Foren mit Vorträgen zu den Projektergebnissen präsent waren. Die Kontakte werden genutzt, um das interdisziplinäre Netzwerk des Instituts auszubauen und neue Kooperationen zu begründen.

#### ■ **Prof. Dr. Christoph Brüning (Auswahl)**

- Freiheit als Hilfefall? – Staatliche Daseinsvorsorge als Hilfe zur Selbsthilfe, Lorenz-von-Stein-Gesellschaft zu Kiel e.V., Lorenz von Stein Gedächtnisvorlesung 2013, 18. Nov. 2013 in Kiel
- Nice to have, aber leider nicht zu bezahlen. Grenzen und Entscheidungsspielräume der kommunalen Daseinsvorsorge, Zentrum Philosophische Grundlagen der Wissenschaft der Universität Bremen, Ringvorlesung „Zwischen Entscheidungseuphorie und -phobie: Komplexes Entscheiden in der Multifunktionsgesellschaft“, Nice to have, aber leider nicht zu bezahlen. Grenzen und Entscheidungsspielräume der kommunalen Daseinsvorsorge, 07. Jan. 2014 in Bremen
- Rechtsprobleme bei der Privatisierung und (Re-) Kommunalisierung kommunaler Energieträger aus der Sicht des Europa- und des Verfassungsrechts. Deutsches Anwaltsinstitut e.V., 20. Jahresarbeitsstagung Verwaltungsrecht, 24. Jan. 2014 in Leipzig
- Infrastrukturverantwortung zwischen Bürgern, Kommunen und Staat, Institut für Öffentliches Wirtschaftsrecht, Eröffnungssymposium „Das Recht der Öffentlichen Infrastruktur“, 11. Febr. 2014 in Kiel
- Die neue Wertschätzung des Bürgers, Lorenz-von-Stein-Institut, Kommunale Verwaltungsreform – 20 Jahre Neues Steuerungsmodell, 25. Febr. 2014 in Kiel
- Kommunale Gebührentage 2014, vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Seminar, 02./03. Juni 2014 in Dortmund
- Rechtsrahmen kommunaler wirtschaftlicher Betätigung, Lorenz-von-Stein-Institut u.a., 18. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht, 20. Juni 2014 in Schleswig
- Insolvenz von Kommunen, Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Finanz-, Kassen-, und Rechnungsbeamten e.V., 4. Bundeskongress, 01. Juli 2014 in Lübeck
- Abgabentage, vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Seminar, 16./17. Sept. 2014
- Kommunale Selbstverwaltung in der Energiewirtschaft nach dem BGH-Urteil zur Vergabe von Wegekonzessionen, Schleswig Holsteinischer Gemeindetag, 4. Forum der kommunalen Wirtschaft, 29. Sept. 2014 in Kiel
- Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit, 74. Jahrestagung der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer, Gesprächskreis Verwaltung, 02. Okt. 2014 in Düsseldorf
- Öffentlich-rechtliche Spielräume und Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung des Staates, Bundeskartellamt, Arbeitskreis Kartellrecht "Der Staat als Unternehmer", 02. Okt. 2014 in Bonn

#### ■ **Prof. Dr. Utz Schliesky (Auswahl)**

- Demokratie + Republik + Bürger = Mehr Bürgerbeteiligung?, Vortrag auf den Hochschultagen der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistungen am 30. Oktober 2013 in Altenholz

- Verwaltung: mehr als nur „vollziehende Gewalt“? – Maßstäbe für eine gute Verwaltung, Vortrag auf der Tagung „Recht auf gute Verwaltung? Ansätze für ein neues Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung“ am 4.2.2014 in Kiel
- Mehr Bürgerbeteiligung = Mehr Demokratie?, Vortrag in der Hermann Ehlers Akademie am 13. Februar 2014 in Kiel
- Die neue Wertschätzung der Kommune – Herausforderungen und Lösungsansätze in einer veränderten Welt, Vortrag auf der Tagung „Kommunale Verwaltungsreform – 20 Jahre Neues Steuerungsmodell“ am 25. Februar 2014 in Kiel
- Anforderungen an die Verwaltung zur Gestaltung der Zukunft – Beschaffungsalternativen und Modelle, Vortrag auf der 4. ÖPP-Summer School am 8. September 2014 in Potsdam
- Föderalismus oder Zentralismus – welches ist der richtige Weg für Deutschland?, Vortrag vor der Großen Grünen Schützengilde von 1412 e.V. am 10. September 2014 in Kiel
- Ein Recht auf Heimat?, Vortrag in der Lauenburgischen Akademie für Wissenschaften und Kultur der Stiftung Herzogtum Lauenburg am 25. September 2014 in Mölln

#### ■ Dr. Sönke E. Schulz

- 15.11.2013 Sand im Kommunikationsgetriebe – Facebook und der Datenschutz, Night of the Profs, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.
- 06.05.2014 Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter – Wirkungsdimensionen der Grundrechte im Wandel, Neue Verwaltung 2014, Leipzig.
- 20.05.2014 Fachgespräch Open Government Data, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Landtag Brandenburg, Potsdam.
- 22.05.2014 IT als Mittel der Krisenreaktion – ... und was ist mit dem Datenschutz?, Mitgliederversammlung vitako, Kassel.
- 20.06.2014 Ausblick: Inhalt und aktueller Stand der Modernisierung des EU-Vergaberechts, 18. Schleswiger Forum für Öffentliches Recht, OVG Schleswig
- 30.06.2014 Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter – Wirkungsdimensionen der Grundrechte im Wandel, Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz, im Rahmen des „JuristInnen Netzwerk E-Government“, Mainz
- 26.09.2014 Open Data und staatliche Arkantradition, ISPRAT-Wissenschaftstag, Donau-Universität Krems, Österreich
- 30.09.2014 Recht so: Europa, Deutschland und die elektronische Vergabe, 3. Kölner Vergabetag, Köln
- 09.10.2014 Das Kommunalverfassungsrecht in Schleswig-Holstein im Wandel – Rückblick, aktuelle Entwicklungen, Ausblick, Klausurtagung des Fachverbandes der Leitenden Verwaltungsbeamten der Ämter, Hotel Hohe Wacht, Hohwacht
- 10.10.2014 Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter, Beirat des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet, DPDHL Konzernrepräsentanz Berlin
- 15.10.2014 Interkommunale Dienstleistungszentren und ÖPP, 9. ÖPP-Bundeskongress Öffentliche Infrastruktur, Berlin

#### ■ Dr. Christian Hoffmann

- 26.06.2014: Vertragsgestaltung beim Cloud Computing, 3. BSI IT-Grundschutztag 2014, Düsseldorf
- 06.-07.05.2014: Wenn die Verwaltung mobil wird – Rechtsfragen des Mobile Government, 15. Kongress neueVerwaltung, Leipzig
- 02.04.2014: Drei Jahre eID-Funktion - warum der nPA online noch kein Erfolg ist, Effizienter Staat 2014, Berlin

## X. Fortbildungsveranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden neben den öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen auch Fortbildungen für Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein angeboten. In Kooperation mit der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung, KOMMA – Kompetenzzentrum für Verwaltungsmanagement –, wurde unter Leitung von Dr. *Christian Hoffmann* ein eintägiges Seminar zum Thema **»Rechtliche Grundlagen im Rahmen der elektronischen Kommunikation (E-Government)«** am 24.03.2014 in Altenholz durchgeführt.

Prof. Dr. *Christoph Brüning*, Dr. *Christian Hoffmann* und Dr. *Sönke E. Schulz* haben im letzten Berichtszeitraum einen Fernlehrgang für Nichtjuristen zum Thema »Vergaberecht« konzipiert, der vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. angeboten wird, zwölf Lektionen umfasst und im aktuellen Berichtszeitraum weiterläuft.

## XI. Lehrveranstaltungen

Prof. Dr. *Christoph Brüning* ist Koordinator des universitären Schwerpunktbereichs 3 (Staat und Verwaltung). Er bietet zahlreiche Lehrveranstaltungen und Seminare zu diesen Themen an, so u. a. die Vorlesungen zum Staatsrecht, Kommunalrecht, Umweltrecht, Wirtschaftsverwaltungsrecht sowie zum Privatisierungs- und Vergaberecht. Hinzu kommt ein regelmäßig abgehaltenes Seminar zu aktuellen Fragen von Staat und Verwaltung. Gemeinsam mit Prof. Dr. *Florian Becker* ist er Ausrichter des Kolloquiums »Olshausener Runde«, die in der Vorlesungszeit alle zwei Wochen ausgerichtet wird und sich mit öffentlich-rechtlichen Themen befasst.

Prof. Dr. *Utz Schliesky*, Mitglied des Vorstandes, bot im Wintersemester 2013/2014 die Vorlesung »Recht der staatlichen Innovationen« und im Sommersemester 2014 die Vorlesung »Verwaltungslehre/Verwaltungswissenschaften« an. Im Wintersemester 2014/2015 hält er erneut die Vorlesung zur Verwaltungslehre.

Prof. Dr. Dr. *Ulrich Schmidt* ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Gesundheitsökonomik und einer Forschungsprofessur am Institut für Weltwirtschaft. Er bietet regelmäßig Vorlesungen zu den Themengebieten Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Entscheidungstheorie sowie Seminare zu aktuellen Themen an. Zudem ist er Mitorganisator des Verhaltensökonomischen Seminars am Institut für Weltwirtschaft.

Dr. *Sönke E. Schulz*, war im Wintersemester 2013/2014 Übungsleiter der »Übung im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene«.

## XII. Stellungnahmen

Im Berichtszeitraum wurde das Lorenz-von-Stein-Institut insbesondere vom Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu mehreren Gesetzentwürfen angehört. Das Institut kam dieser Bitte regelmäßig nach, die Stellungnahmen sind als Umdrucke des Landtages der Öffentlichkeit zugänglich:

- Stellungnahme zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung**, LT-Drs. 18/1651, veröffentlicht als Umdruck 18/3009 des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Bearbeiter: Prof. Dr. *Brüning*)
- Stellungnahme zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes**, LT-Drs. 18/1467, veröffentlicht als Umdruck 18/2723 des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Bearbeiter: Prof. Dr. *Brüning*)

Darüber hinaus erarbeitete das Lorenz-von-Stein-Institut im Berichtszeitraum Stellungnahmen für das schleswig-holsteinische Innenministerium und den brandenburgischen Landtag:

- 10.01.2014: Stellungnahme zum **Gesetzentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**, des Straßen- und Wegegesetzes und des Informationszugangsgesetzes (im Rahmen der Verbändeanhörung) (Bearbeiter: Dr. *Schulz/Tischer*)
- 22.05.2014: Stellungnahme zu dem **Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Verwaltungsmodernisierung und zur Änderung weiterer Gesetze**, LT-Drs. (Brandenburg) Nr. 5/8505, schriftliche und mündliche Anhörung im Landtag Brandenburg (Bearbeiter: Prof. Dr. *Schliesky*)

**Zur Vermeidung von Wiederholungen wird im Übrigen auf die Informationen auf der Homepage des Instituts verwiesen.**

[www.lorenz-von-stein-institut.de](http://www.lorenz-von-stein-institut.de)